



## EU-Vorschlag für neues Schiedsgerichtsmodell findet Anklang *Politiker von CVP und FDP sprechen von einem «interessanten Ansatz»*

For. Bern · Bei seinem Besuch in Bern im November hat EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker der Schweiz eine gewisse Flexibilität in Bezug auf die Rolle des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in Aussicht gestellt. Noch vor Weihnachten brachten die EU-Unterhändler gegenüber ihren Schweizer Kollegen einen neuen Lösungsansatz unter Einbezug eines Schiedsgerichts ein (vgl. Seite 1). Die EU kennt die Diskussion in der Schweiz über «fremde Richter». Der Vorschlag soll helfen, diese Problematik zu entschärfen. Im neuen Schiedsgerichtsmodell wäre der Einfluss des EuGH weniger direkt als bei der ursprünglichen EuGH-Lösung. Aber auch in diesem Modell würde der Europäische Gerichtshof eine Rolle spielen.

In der Bundesverwaltung wollte man den Vorschlag der EU am Mittwoch nicht kommentieren. Man möchte dem Bundesrat nicht vorgreifen. Dieser macht voraussichtlich am 31. Januar seine Auslegeordnung zur Europapolitik, wie Aussenminister Ignazio Cassis in den vergangenen Tagen mitgeteilt hat.

Aus Kreisen, die gut über den Verhandlungsgang informiert sind, heisst es, der Vorschlag der EU sei ein Weg, der weiterverfolgt werde. Dabei könne es

aber im Laufe der Verhandlungen noch zu Änderungen kommen.

### «Froh um jeden Vorschlag»

Aussenpolitiker sind offen gegenüber dem Vorschlag der EU. Alle Varianten, die die Schweiz an der Streitbeilegung beteiligen würden, seien zu begrüssen, sagt die CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, welche die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats präsidiert. Sie sei «froh um jeden Vorschlag», der es erlaube, die Diskussion über «fremde Richter» nicht führen zu müssen. Auch die CVP-Nationalrätin Kathy Riklin verschliesst sich einer Schiedsgerichtslösung nicht. Wichtig sei, dass es in absehbarer Zeit zu einem Abschluss komme.

Die CVP hat bis anhin die Streit-schlichtung nach dem Modell des Efta-Gerichtshofs favorisiert, aber eine Schiedsgerichtslösung nicht ausgeschlossen. Als innenpolitisch chancenlos erachtet die Partei ein Modell, in welchem dem Europäischen Gerichtshof eine abschliessende Rolle bei der Streitbeilegung zukommt.

### Braucht es ein neues Mandat?

Auch der FDP-Ständerat Damian Müller sieht im EU-Vorschlag einen «interessanten Ansatz». Dabei müsse aber ge-

nau definiert werden, welche Rolle der EuGH übernehmen werde. Müller warnt davor, sich von der EU zeitlich unter Druck setzen zu lassen. Die Schweiz solle nicht auf Zeit spielen, aber auch nicht auf Teufel komm raus einen Abschluss anstreben. Die Streitbeilegung sei innenpolitisch der grösste Knackpunkt und müsse deshalb mit grosser Sorgfalt verhandelt werden, sagt der Luzerner FDP-Ständerat.

Mit dem neuen Vorschlag der EU stellt sich die Frage, ob das Verhandlungsmandat des Bundesrats angepasst werden muss. Die Streitbeilegung sei im bestehenden Mandat relativ klar definiert, sagt Schneider-Schneiter. Ob das Mandat erweitert werden müsse, könne aber erst beurteilt werden, wenn konkrete Vorschläge auf dem Tisch lägen. «Ich hoffe, dass keine Änderung notwendig ist», sagt die Aussenpolitikerin. Diese wäre zeitintensiv und würde dem Ziel eines Abschlusses der Verhandlungen im laufenden Jahr zuwiderlaufen.

Dem Vernehmen nach hat Cassis in der Aussenpolitischen Kommission gesagt, das bestehende Mandat lasse einen gewissen Spielraum und müsse deshalb nicht zwingend erweitert werden.